Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1.— Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: H. Fleischer, Druck und Verlag: P. Fleischer, Warmbrunn, Voigtsdorfer-Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 62. Sonnabend, den 14. März 1925. 44. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons leistete heute im Reichstag den vorgeschriebenen Eid auf die Verfassung.
* In Berlin tagt Donnerstag ein Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums zum Eisenbahnerstreik.
* Den Sieg im soeben beendeten 14. Berliner Sechstagerennen errang die belgische Mannschaft Persyn-Verschelden.
* In Genf hielt der englische Außenminister Chamberlain eine Rede, in der er erklärte, Großbritannien könne dem Genfer Protokoll vom vorigen Jahre über die Sicherheits- und Abrüstungsfrage nicht beitreten.

Genfer Beratungen.

Es gibt wohl kaum noch einen Sterblichen, der sich in den Irrungen und Wirrungen der Genfer Völkerbundsberatungen zurechtfindet. Die Fäden laufen derartig durcheinander, zerreißen, werden neu geknüpft, werden mit anderen verbunden, daß wohl selbst die Mitglieder des Völkerbundsrats nicht mehr wissen, woran sie eigentlich sind. Denn die Fäden werden ja nicht nur geknüpft, verwirrt und zerrissen in Genf, sondern vor allen Dingen in London und Paris.

Es ist immer wieder der wirre Komplex des Sicherungsproblems, von dem ausgegangen werden muß, will man das verstehen, was zurzeit oder vielmehr seit Monaten in Genf vor sich geht. Der Ausgangspunkt ist die Septembertagung der Völkerbundsversammlung, auf der bekanntlich Herriot und Macdonald ihre großen Reden gehalten haben und damit eine Lösung des Abrüstungs- und Sicherheitsproblems einzuleiten schienen. Entsprechende Kommissionen wurden eingesetzt, aber gleich von vornherein auch eine dafür, wie man die Militärkontrolle in den ehemaligen vier Mittelmächten Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien gestalten sollte. Also von vornherein war die Sonderbehandlung dieser vier Mächte ins Auge gefaßt, und zwar nur nach der Verpflichtungs-, aber nicht nach der Berechtigungsseite. Dieser Genfer Militärkontroll-Ausschuß hat, wie erinnerlich ist, einen Vorschlag ausgearbeitet, ebenso wie die Kommission, die die Schaffung eines internationalen Sicherungsabkommens gegen den Krieg zur Aufgabe gestellt erhalten hatte.

Eine neue Verwicklung trat zunächst dadurch ein, daß die neue englische konservative Regierung auf diesen Sicherungs-Entwurf überhaupt nicht mehr zurückkam, es der Partei Macdonalds im Unterhaus auch nicht gelang, irgendeine präzise Stellungnahme des Kabinetts Baldwin zu dem Genfer Entwurf zu erzwingen. Die zweite Schwierigkeit zeigte sich darin, daß Deutschland erklärte, es könne in den Völkerbund nicht eintreten, wenn uns gegenüber als einer völligen entwaffneten Macht die Verpflichtungen dieses Sicherungsabkommens nicht abgeändert bzw. überhaupt unserer tatsächlichen militärischen Lage entsprechend aufgehoben würden. Eine derartige Forderung Deutschlands ergab sich eben ohne weiteres aus der Unmöglichkeit, uns vor dem Angriff der kleinsten europäischen Macht zu schützen.

Nun kommt das Dritte, das Merkwürdigste: Auch Frankreich hat nach einem Ministerrat, der sogar unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue tagte, erklärt, daß Frankreich an den Grundsätzen jenes Genfer Protokolls zwar festhalte, aber gegen die eventuelle Ersetzung des Protokolls durch andere Garantiemöglichkeiten nichts einzuwenden habe. Eine Erklärung, die Herriot übrigens den französischen Pressevertretern gegenüber in einer Unterredung bestätigt hat.

Damit ist also die ganze Arbeit in Genf in die Luft gesprengt und Frankreich hat in der Frage des Sicherungsabkommens praktisch freie Hand, — was der Zweck der ganzen Übung ist. Diesem Problem gegenüber und ebenso dem zweiten, uns noch viel mehr berührenden, nämlich der Militärkontrolle des Völkerbundes in Deutschland, ist die Bereitwilligkeit, uns im Völkerbundrat einen Sitz zuzugestehen, von nicht gerade sehr erheblicher Bedeutung. Wenn der Völkerbund an seiner bisherigen Politik gegenüber Deutschland festhält, so dürfte es sich für uns erübrigen, in Genf eine Figurantenrolle zu spielen.

Viel wichtiger ist die Tatsache, daß der Völkerbundsrat die Regelung der vom Völkerbund auszuübenden Militärkontrolle in der entmilitarisierten Rheinzone überhaupt auf die nächste Ratstagung im Juni verschieben will. Das läßt nämlich allerhand Rückschlüsse zu. Zunächst den einen, daß sich dieser Völkerbundsrat, dessen oberste Bestimmung es ist, Hüter und Bewahrer der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu sein, nunmehr entschlossen hat, den schweren Vertragsbruch der Entente, wie er in der Nichträumung der Kölner Zone zum Ausdruck kommt, stillschweigend zu billigen. Bekanntlich überträgt der Versailler Vertrag die Fortsetzung der Militärkontrolle in Deutschland nach ihrer Beendigung durch die Entente sofort dem Völkerbund selbst; dieser hält es nicht für notwendig, sein Recht geltend zu machen. Vielmehr läßt der Beschluß des Völkerbundsrats, die Formen seiner Militärkontrolle erst im Juni zu beraten, ohne weiteres darauf schließen, daß man in Genf damit rechnet, die neue Militärkontrolle der Entente werde frühestens nach diesem Termin beendet sein. Noch liegt nicht einmal der Bericht der ententistischen Militärkontrollkommission endgültig vor, obwohl man ja mit dem Inhalt dieses Berichts vor zwei Monaten die Nichträumung der Kölner Zone zu „begründen" versucht hat.

Eine vorläufig noch unbestätigte Nachricht will wissen, daß der englische Außenminister Chamberlain in einer geheimen Sitzung des Völkerbundsrats verlangt hat, daß Deutschland um bedingungslose Zulassung nachsuchen müsse, wenn es in den Völkerbund einzutreten wünsche. Damit wäre eine Entscheidung Englands, die es bisher immer sorgfältig vermieden hat, auf die deutsche Note vom 7. Januar 1925 gefallen, in der wir unsere Bedenken gegen einen bedingungslosen Eintritt Deutschlands geltend machten und die nur bei Frankreich auf schärfsten Widerspruch stieß. Diese englische Stellungnahme würde dann wohl auf eine Geneigtheit Deutschlands, einzutreten in diesen Völkerbund, außerordentlich abkühlend wirken, um so mehr, als die ganze französische Politik dahin geht, das Sicherheitsproblem fern von Genf in den Verhandlungen der Kabinette zu lösen. Bloß, um in Genf mitzumachen, dürfen wir auf die Geltendmachung unserer Lebensinteressen nicht verzichten.

*

Chamberlain gegen das Genfer Protokoll.

Genf, 12. März.

Der englische Außenminister Chamberlain hielt in der heutigen Sitzung des Völkerbundsrats seine mit großer Spannung erwartete Rede, deren Inhalt allerdings keine Überraschung brachte. Denn aus Zeitungsmeldungen war schon vorher bekanntgeworden, daß England dem sogenannten Genfer Sicherheitsprotokoll, das den Ausbruch von Kriegen durch besondere Bestimmungen verhindern soll, nicht seine Zustimmung geben könne. Diesen Standpunkt vertrat Chamberlain auch in seiner heutigen Rede. Chamberlain begründete diese Stellungnahme mit der Haltung der Dominions, die sich der Ratifizierung des Genfer Protokolls widersetzen würden. Das Protokoll in seiner gegenwärtigen Form biete unüberwindliche Schwierigkeiten. Er ließ allerdings die Möglichkeit einer neuen Prüfung des Protokolls durch die nächste Vollversammlung offen und empfahl mit Nachdruck besondere Garantieverträge zwischen denjenigen Staaten, die aufeinander angewiesen sind.

Barmat im Reichstagsausschuß.

Berlin, 12. März.

Heute trat wieder einmal der Reichstagsuntersuchungsausschuß für die Kreditaffären zusammen. Direktor Pötschow, der seinerzeit kaufmännischer Referent des Reichsernährungsministeriums war, ist bei der Beschaffung von Lebensmitteln für die Volksernährung mit Barmat bekannt geworden. Barmat hat auf den Zeugen zunächst einen günstigen Eindruck gemacht. Er habe nicht mehr versprochen als andere Auslandslieferanten, aber er habe noch weniger gehalten als andere, so daß man schließlich in Geschäften mit ihm Vorsicht walten lassen mußte. Von einer Bevorzugung Barmats durch das Reichswirtschaftsministerium könne keine Rede sein. Dem Zeugen wenigstens ist nichts bekannt, was auf eine regelwidrige Bevorzugung hindeuten könnte. Auf die Frage, ob bei der Vermittlung von Geschäften Barmats auch einzelne Abgeordnete wie Wels, Heilmann usw. zugegen gewesen seien, antwortet der Zeuge, daß das wohl möglich sein könne; irgendeine Beeinflussung zugunsten Barmats sei jedoch nicht erfolgt.

*

Barmats Haftentlassung abgelehnt.

In der Barmat-Affäre hatten die Verteidiger der Barmats einen Antrag auf Haftentlassung der beiden noch in Haft befindlichen Brüder Julius und Henry Barmat gestellt. Der Untersuchungsrichter hat den Antrag abgelehnt. Bemerkenswert ist jedoch, daß es in dem Beschluß heißt, der Verdacht des Kreditbetruges sei nicht mehr als dringend und die Verdunkelungsgefahr nicht mehr als vorhanden anzusehen.

Dr. Simons vor dem Reichstag.

Berlin, 12. März.

Im Reichstage erfolgte heute die feierliche Vereidigung des stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons auf die Verfassung. Sämtliche Reichstagsfraktionen sind vertreten, bis auf die Kommunisten. In der Diplomatenloge wohnen Vertreter der fremden Mächte der Feier bei. In dem Augenblick, wo Reichstagspräsident Löbe auf seinem Platz erscheint, ist auch die gesamte Reichsregierung mit Ausnahme des Kanzlers Dr. Luther und gleichzeitig der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons im Saal erschienen.

Die ganze Feierlichkeit dauerte nur kurze Zeit. Während der Vereidigung erschien auch Reichskanzler Dr. Luther. Unter Weglassung der sonstigen Förmlichkeiten eröffnete der

Reichstagspräsident Löbe

die Sitzung mit folgender Ansprache an den stellvertretenden Reichspräsidenten, während sich alle Anwesenden erhoben:

Herr Reichsgerichtspräsident! Nach dem plötzlichen und tiefbeklagten Hinscheiden des Herrn Reichspräsidenten Ebert hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 10. März 1925 Sie zum Stellvertreter des Reichspräsidenten bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten gewählt. Die Verfassung fordert, daß der Reichspräsident und sinngemäß auch sein Vertreter den im Artikel 42 vorgeschriebenen Eid vor dem Reichstag ableat. Ich habe die Mitglieder des Reichstages zu diesem feierlichen Akt zusammengerufen, erlaube mir, Ihnen die Eidesformel zu überreichen und bitte Sie, den Eid abzulesen.

Stellvertretender Reichspräsident Dr. Simons sprach folgenden Eid: **„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."**

Von dem Recht, der Eidesformel eine religiöse Beteuerung anzufügen, machte der stellvertretende Reichspräsident keinen Gebrauch. Reichstagspräsident Löbe führte nun aus: Mit der Leistung dieses Eides übernehmen Sie Ihr hohes und schweres Amt. Niemand von uns zweifelt daran, daß Sie das Vertrauen so großer und vieler Parteien erfüllen und Ihr Amt zum Wohl des Landes und des deutschen Volkes verwalten werden. Ich spreche Ihnen im Namen der Körperschaft, die diese Wahl getroffen, meinen herzlichen Glückwunsch aus.

Stellvertret. Reichspräsident Dr. Simons antwortete darauf mit kurzen Worten, die aber im Hause den besten Eindruck hervorriefen, folgendermaßen:

Herr Reichstagspräsident! Ich danke Ihnen herzlich für den Glückwunsch, den Sie mir im Namen dieses hohen Hauses dargebracht haben, und für den Ausdruck Ihres Vertrauens. Es wird mein Streben sein, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Meine Damen und Herren! Sie haben den Schwur gehört, den ich in die Hand Ihres Präsidenten abgelegt habe. Hören Sie nun auch meinen Dank, den Dank für die Ehre, die Sie mir mit der Initiative Ihrer Wahl erwiesen haben. Ich weiß wohl — das Gesetz sagt es klar —, daß ich die Ehre nicht sowohl meiner Person als der Stellung zuzuschreiben habe, in die mich der verstorbene Reichspräsident erhob, und gerade das freut mich, denn dadurch betont das Gesetz die Bedeutung des deutschen Richtertums, dem ich mit Stolz angehöre. Aus ihm bringe ich in mein Zwischenamt das innere Gebot der Unparteilichkeit. Von dem vielbetrauerten Toten, den ich vertrete, nehme ich das Vorbild der Treue und Würde, durch die er seinem Amt die Achtung der Welt erwarb. Seine hohen politischen Gaben sind kein übertragbares Erbe. Aber wie ich geschworen habe, die Pflichten dieses Amtes gewissenhaft zu erfüllen, so bin ich auch entschlossen, seinem Rechte die Festigkeit zu wahren, damit ich sie unversehrt in die Hände des Mannes legen kann, den sich bald zum erstenmal in seiner wechselvollen Geschichte das ganze deutsche Volk, soweit es staatlich geeint ist, in freier unmittelbarer Wahl zum Oberhaupt küren wird. (Lebhafte Beifallsrufe.)

Mit einem Händedruck verabschiedete sich der stellvertretende Reichspräsident von dem Reichstagspräsidenten. Damit war der feierliche Akt beendet und die Funktionen des Reichsoberhauptes sind an Dr. Simons übergegangen, während die Stellvertretung des Reichskanzlers Dr. Luther beendet ist.

Einheitskandidatur Geßler?

n. Berlin, 12. März

Man kann nicht sagen, daß die Bestrebungen, die bürgerlichen Parteien auf eine Einheitskandidatur für die Präsidentenwahl zu einigen, besonders schnell vorwärtsgehen. Immer wieder, wenn ein bevorstehender Abschluß angekündigt wird, erheben sich neue Hindernisse. Schien gestern die gemeinsame Nominierung des Reichswehrministers Dr. Geßler alle Aussichten zu haben, so war heute die Stimmung dafür erheblich gedämpfter. Die Demokraten, denen Geßler angehört, sollen grundsätzlich einverstanden sein. Dagegen hat sich das Zentrum noch nicht entschließen können und seine für heute morgen angesagten Schlußberatungen auf den Abend verlegt. Aber auch grundsätzliche Bedenken gegen Geßler wurden laut, und zwar nach einigen Äußerungen, die der Reichsaußenminister Dr. Stresemann Zentrumsführern gegenüber gemacht hat. Er wies auf die Möglichkeit hin, im Auslande könne die Wahl Geßlers Verdächtigungen auslösen. So Andeutungen über Militärdiktatur und Neigung zum Revanchekrieg in Deutschland. Im Zentrum hätten diese Bedenken Boden gefunden. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei läßt erklären, daß sie an der Kandidatur Dr. Jarres festhalte und fügt hinzu, daß die Fraktion einer Sammelkandidatur Geßler nur dann zustimmen würde, wenn sie von allen bürgerlichen Parteien angenommen werde. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hat sich mit großer Mehrheit gegen eine Einheitskandidatur Geßler ausgesprochen, aus Gründen, die mit den Erklärungen des Reichsaußenministers Dr. Stresemann zusammenhängen. Die Deutschnationalen äußerten sich ebenso wie das Zentrum noch nicht endgültig. Reichskanzler Dr. Luther, der sehr stark für Geßler eintreten soll, hat heute die Führer der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten zu Besprechungen über eine Einheitskandidatur empfangen. Die Besprechungen zogen sich einige Zeit hin, so daß der Reichskanzler darüber sogar das rechtzeitige Eintreffen zur Vereidigung des stellvertretenden Reichspräsidenten versäumte. Ob es nun zu einer Sammelkandidatur der großen bürgerlichen Parteien kommt? Lange Zeit zur Besinnung ist nicht mehr, denn die Wahl geht am 29. März vor sich. Die Sozialdemokratie hält an ihrem Kandidaten Otto Braun fest.

Schiedsgericht im Eisenbahnerstreik

Die Einigungsverhandlungen gescheitert.

Berlin, 12. März.

Im Reichsarbeitsministerium haben heute zwischen der Hauptbahnverwaltung der Reichsbahn und den Tarif-

organisationen der Eisenbahner Einigungsverhandlungen stattgefunden. Die Verhandlungen haben jedoch zu keinem Ergebnis geführt. Der Reichsarbeitsminister hat darauf die Einsetzung eines Schiedsgerichts angeordnet, das am Donnerstag zusammentritt. Das Reichsarbeitsministerium hat dabei die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß während der Dauer der Schlichtungsverhandlungen jede Verschärfung der Situation unterbleibt; die Parteien haben zugesagt, ihr möglichstes in dieser Hinsicht zu tun.

Die Vertreter des Eisenbahnerverbandes, die am Mittwoch zu Beratungen zusammengetreten waren, haben den Streikenden ihre Sympathie ausgesprochen und sich bei einer Ablehnung der Forderungen nach allgemeiner Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit zur Verbreiterung der Kampfbasis bereit erklärt.

Deutscher Reichstag.

(35. Sitzung.) CB. Berlin, 12. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte der Abg. **Könen** (Komm.) wiederum die sofortige Behandlung des Eisenbahnerstreiks, der sich außerordentlich verschärft habe. Die Abgeordneten ständen vor der Gefahr, in Berlin sitzen zu bleiben.

Abg. **Schumann** (Soz.) stellte demgegenüber fest, daß gerade das Gegenteil richtig sei. (Lebhaftes Hört, hört!) Es sei eine Verständigung darüber zustande gekommen, die Differenzen einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das bereits heute beim Arbeitsministerium zusammentreten werde. (Beifall.)

Abg. **Koch-Düsseldorf** (Dtn.) erhob ebenfalls Protest gegen die falsche Behauptung des Abgeordneten Könen. Er bat den Reichstag dringend, alles zu vermeiden, was in die bevorstehenden Verhandlungen störend eingreifen könnte.

Da Einspruch erhoben wurde, war der kommunistische Antrag erledigt.

Volks-, Berufs- und Betriebszählung.

Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt der Gesetzentwurf über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung, die im Juni stattfindet. Der Ausschuß hat beschlossen, die Handwerksbetriebe besonders festzustellen. Ferner wird die Regierung aufgefordert, eine Enquete vorzunehmen, wodurch die Betriebs- und Interessengemeinschaft festgesetzt wird. Die Vorlage wurde nach unerheblicher Debatte in 2. und 3. Beratung angenommen.

Es folgte die 2. Lesung des Gesetzentwurfes über Zusatzsteigerungen für Renten aus der Invalidenversicherung. Dabei stellte Staatssekretär Geib fest, daß die Invalidenversicherung nach der Inflation wieder neubelebt ins Leben gerufen werden konnte. Sie habe schon wieder 348 Millionen Goldmark an Renten leisten können.

Reichsfinanzminister **von Schlieben** erklärte, daß die Regierung trotz erheblicher finanzielller Bedenken der Neueinstellung von 115 Millionen Mark für die Aufwertung der Invalidenrenten zugestimmt habe. Darüber noch erheblich hinauszugehen, halte die Regierung aber nicht für möglich. Der Minister bat daher dringend, den Haushalt nicht weiter zu belasten. Auch nach der neuen Steuerreform und dem neuen Finanzausgleich entstünde jetzt schon ein Fehlbetrag von mehreren 100 Millionen für 1926 und die späteren Jahre.

Abg. **Karsten** (Soz.) tat die vorgesehene Erhöhung als Almosen ab und warf dem Reichstage vor, er sei ganz unsozial, wenn er nicht eine beträchtliche Erhöhung der Sätze vo[illegible]e.

[illegible] **Esser** (Ztr.) warnte vor agitatorischen Phrasen in dieser ernsten Sache. Man habe erreicht, was möglich ist, so ganz wenig sei es nicht.

Abg. **Rädel** (Komm.) verurteilte die Unzulänglichkeit der Vorlage, während man für die Ruhrindustrie 700 Millionen übrig gehabt hätte.

Abg. **Ziegler** (Dem.) erklärte es für eigentümlich, daß auch bei der Sozialpolitik die Parteigegensätze so aufeinander stießen. Für die Sozialpolitik würde es würdiger sein und die Sache weiter bringen, wenn diese Gegensätze ausgeschaltet würden. Das Reich müsse aber mehr tun als bisher für die Invalidenrentner.

Abg. **Beier-Dresden** (Wirtschaftl. Vgg.) war mit den Ausschußbeschlüssen einverstanden, bat aber, auch die traurige Lage des Mittelstandes nicht zu vergessen.

Abg. **Schwarzer** (Bayer. Vp.) bedauerte es, daß auch bei diesen sozialen Fragen immer wieder die Parteipolitik in den Vordergrund gerückt werde.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wurde darauf die Vorlage in der Ausschußfassung endgültig angenommen.

Darauf wurde der Gesetzentwurf, der die Einführung amtlicher Stimmzettel bei der Reichspräsidentenwahl vorsieht, angenommen.

Das Haus wandte sich sodann der Beratung des Gesetzentwurfes über die Zusatzsteigerung der Renten der Angestelltenversicherung zu.

Abg. **Aufhäuser** (Soz.) bemängelte die zu schmale Grundlage des Gesetzentwurfs.

Preußischer Landtag.

(22. Sitzung.) tt. Berlin, 12. März.

Ohne Aussprache wird zunächst der Entwurf über die Abänderung von Gerichtsgemeinschaftsverträgen verabschiedet. Das Haus berät sodann in zweiter Lesung den Gesetzesvorschlag der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten über die Hinausschiebung der

Wahlen für die Provinziallandtage und Kreistage.

Der Ausschuß hat vorgeschlagen, als Endzeitpunkt für diese Wahlen den 1. November 1925 festzulegen. Nachdem Abg. Dr. **Peuker** (Ztr.) den Ausschußbericht erstattet und die tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkte für die weitere Verlängerung dargelegt hatte, begründet Abg. **v. Mirbach** (Dtn.) den mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam gestellten Urantrag, die Neuwahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen auf Grund des bestehenden Wahlrechts sofort anzuordnen. Die Regierung habe die notwendige Initiative für rechtzeitige Verabschiedung eines neuen Wahlrechts vermissen lassen.

Abg. **v. Eynern** (D. Vp.) verlangt gleichfalls, daß sobald als möglich gewählt werde. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß ein Ministerium, noch dazu ein nur geschäftsführendes, anstatt Neuwahlen anzuordnen, die fällig seien, einen Entwurf einbringe.

Ministerialdirektor **Mulert** weist den Vorwurf zurück, die Staatsregierung habe die erforderliche Initiative vermissen lassen.

Abg. **Schüling** (Ztr.): Die Parteien der Rechten haben früher selbst in dieser Materie Verschleppungspolitik getrieben. Wir empfehlen dringend die Annahme des Ausschußvorschlages.

Abg. **Dorf** (Komm.) ist gegen, die Abgg **Haas** (Soz.) und **Müller-Franken** (Soz.) sind für die Vertagung der Wahlen, ebenso Abg. **Greßler** (Dem.).

Außerhalb der Tagesordnung wird auf Antrag Grzesinski gemäß einem Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses die nachgesuchte Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Braun-Berlin im Rothardt-Prozeß mit der Maßgabe erteilt, daß die Vernehmung bis zum 16. März einschl. erfolgt sein muß.

In der Abstimmung wird der gemeinsame Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf sofortige Anordnung der Neuwahlen gegen die Antragsteller sowie gegen die Freiheitspartei und die Kommunisten abgelehnt. — Gegen dieselbe Minderheit wird dann der kommunistische Antrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Ausschußantrag, wonach die Wahlzeit der Abgeordneten bis zum 1. November verlängert wird. Es stellt sich Beschlußunfähigkeit heraus. Präsident Bartels schließt die Sitzung und beruft sofort eine neue ein.

•

Die zweite Sitzung.

Als erster Punkt der neuen Sitzung steht auf der Tagesordnung die erste Beratung der Novelle zu dem Gesetz über die vorläufige

Grundvermögenssteuer.

Durch den Entwurf sollen die bestehenden Gesetzesbestimmungen dahin geändert werden, daß ihre Geltungsdauer auf den 31. März 1926 verlängert wird.

In der Begründung wird darauf verwiesen, daß in dem endgültigen Grundvermögenssteuergesetz als Besteuerungsgrundlage der vom Reich mit den Ländern für Reichs- und Landessteuern zu ermittelnde Einheitswert eingeführt werden soll. Da dieser Einheitswert frühestens am 1. April 1926 feststehen wird, kann für die Übergangszeit des Rechnungsjahres 1925 nur der der vorläufigen Grundvermögensteuer zugrunde gelegte Wert als Besteuerungsgrundlage in Frage kommen.

Nach weiterer Aussprache wurde der Grundsteuergesetzentwurf dem Hauptausschuß überwiesen.

Das Haus vertagte sich sodann auf Mittwoch, 18. März. In dieser Sitzung soll die Regierungserklärung entgegengenommen werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich

Verhaftete Deutsche im Ruhrgebiet.

Die Zahl der von der französischen Besatzungsbehörde festgesetzten Deutschen im Ruhrgebiet ist nach den letzten Ermittlungen außerordentlich groß. Sie betrug Anfang März insgesamt 50 Personen. Etwa die Hälfte dieser bedauernswerten Opfer französischer Justiz sind in Düsseldorf untergebracht. Eine Anzahl von ihnen ist wegen Zugehörigkeit zu Rechtsorganisationen oder wegen Zulassung des Singens der Nationalhymne inhaftiert worden.

Die Bayerische Volkspartei gegen Hitler.

Im Münchener Landtag führte ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei aus, daß Hitler bei seinem ersten Wiederauftreten gezeigt habe, daß er in keiner Weise von seiner Vergangenheit abzurücken gedenke. Das bayerische Volk fordere von der Regierung, daß hier kraftvoll vorgegangen werde, denn das Volk habe genug von den Straßenagitationen und politischen Torheiten, die den Aufstieg des Vaterlandes nur zu stören geeignet seien.

Großbritannien.

× **Englische Luft- und Seerüstungen.** Nach englischen Zeitungsmeldungen hat der englische Generalstab Truppenluftzüge in Auftrag gegeben, mit denen je zwanzig ausgerüstete Infanteristen mit einer Geschwindigkeit von 100 Meilen transportiert werden sollen. Weiterhin würden für den Marinedienst große fliegende Boote gebaut. Sie werden mit Nebelhörnern, Suchlichtern, Ankern usw. ausgestattet und können mehrere Wochen auf See bleiben.

China.

× **Sunjatsen gestorben?** Nach Meldungen aus Schanghai, die authentisch sein sollen, soll Sunjatsen an den Folgen eines Magenkrebses gestorben sein. Er wurde von einem deutschen Arzt Dr. Krieg behandelt. Sunjatsen ist schon wiederholt totgesagt worden. Ob die Nachricht sich dieses Mal bestätigen wird, wird abzuwarten sein.

Aus In- und Ausland

Berlin. Nach Meldungen von unterrichteter Seite dürften die Begräbniskosten für Ebert etwa 200 000 Mark betragen.

Paris. Die Finanzkommission des Senats hat den von der Kammer vorgesehenen Kredit von 200 000 Frank für eine Sondervertretung Elsaß-Lothringens beim Vatikan abgelehnt.

Newyork. Der amerikanische Finanzmann Harriman hat von der Sowjetregierung Konzessionen zur Ausbeutung der kaukasischen Manganerzfelder erhalten. Die Diskonto-Gesellschaft sowie ein anderer deutscher Konzern sollen an diesen Konzessionen beteiligt werden.

Newyork. An den bedeutendsten amerikanischen Universitäten sollen Lehrstühle für Bäderheilkunde errichtet werden, auf die man vornehmlich deutsche Autoritäten berufen will.

Berlin, 12. März. Ministerpräsident Marx führte am Donnerstag im Landtag erneut Verhandlungen in der Frage der Regierungsbildung. Zu der Frage eines Kabinetts aus je einem Vertreter der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, im übrigen aus Beamten, die anderen Parteien nahestehen, erklärte der Führer der Deutschnationalen, Abg. Graef-Anklam, daß er diese Anregung seiner Fraktion unterbreiten werde. In einer Besprechung mit den Demokraten zur Frage eines überparteilichen Beamtenkabinetts wurde vom Abg. Falck (Dem.) erwidert, daß seine Fraktion konkreten Vorschlägen entgegensehe. Von der Wirtschaftlichen Vereinigung wurde durch den Abg. Ladendorff die Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts begrüßt und erneut eine Kabinettsbildung auf der Grundlage der Weimarer Koalition abgelehnt. Auch die Deutsche Volkspartei steht der Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts sympathisch gegenüber.

Die Gattin Wilhelms II. operiert.

Berlin, 12. März. Kaiserin Hermine, die seit einigen Tagen in Berlin weilt, hat sich in die Behandlung eines hiesigen bekannten Gynäkologen begeben, der einen leichten operativen Eingriff vornahm. Die Operation ist vollkommen zufriedenstellend verlaufen. Die Patientin wird aber zur Rekonvaleszenz noch etwa vierzehn Tage das Bett hüten müssen.

Das Uniformtragen verabschiedeter Offiziere.

Berlin, 12. März. Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte bei der weiteren Beratung des Etats des Wehrministeriums auf verschiedene Anfragen Reichswehrminister Dr. Geßler, daß dem Reichsrat ein Entwurf über das Tragen der Uniform der verabschiedeten Offiziere vorliege. Schon jetzt bestehe die Möglichkeit, zu allen Gelegenheiten die Uniform zu tragen, wo sie früher praktisch auch getragen worden sei. Der Erlaß des Reichspräsidenten habe sich lediglich gegen den politischen Mißbrauch, nicht gegen die Uniformen, gerichtet. Der Ausschuß vertagte die Weiterberatung auf Freitag.

Die Wahlen in Ägypten.

London, 12. März. Heute finden in ganz Ägypten die Wahlen zum Parlament statt. Die Bevölkerung ist sehr erregt. Die Polizei ist sehr verstärkt worden und außerdem befindet sich das Militär in Bereitschaft, um, falls notwendig, die Polizei zu unterstützen.

Ein Weißbuch Englands.

London, 12. März. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" hat die englische Regierung ein Weißbuch über die Erklärungen des Außenministers Chamberlain über das Genfer Protokoll vorbereitet, das unmittelbar nach Beendigung der Völkerbundratssitzungen den Parlamentsmitgliedern übergeben wird.

Versiegelte Lippen.

Roman von A. M. Alten.

54. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Und die Marie-Luise leidet auch schon so lange darunter."

„Fräulein von Magnussen? Ich begreife nicht, wie."

„Ich auch nicht", fuhr Frau Ewald unmutig auf. „Aber das ist sicher. Seit die Marie-Luise von Berlin zurück ist, ist das ein wahres Herzeleid mit den beiden Kindern. Alles war so schön und gut vorher. Das Marlieschen und mein Klaus waren ein Herz und eine Seele, und wir beiden Alten, der Major und ich, waren so stillschweigend einig, daß die zwei ein Paar werden sollten. Und wie freute sich die Marie-Luise auf Berlin, als damals plötzlich der Brief von der Generalin Magnussen wie eine Bombe ins Haus fiel. Ich wunderte mich da schon. Sie hatte sich zehn Jahre nicht um das Kind bekümmeret, und mit ihrem Schwager stand sie ja überhaupt wie Katz und Hund. Und dann mit einem Male diese Zärtlichkeit und diese dringende Einladung. Der Major fand weiter nichts dabei. Er war ja im Grunde weltfremd und harmlos wie ein Kind. Und die Marie-Luise war selig, daß sie mal nach der Großstadt kam, und machte allerhand Pläne, was sie mit Klaus zusammen sehen und genießen wollte. Da schob nun freilich die Generalin einen Riegel vor, gleich von Anfang an. Und was ich mir aus den Erzählungen von Marie-Luise zusammenreimte, das war dann freilich, daß sie den Neffen, den jungen Baron von Boysen, ihr ganz geschickt in den Weg schob, ohne daß das Kind in seiner Harmlosigkeit etwas davon merkte. Aber das war das Schlimmste nicht. Das Schlimmste war, daß irgend etwas mit meinem Klaus passierte. Was, das weiß ich heute noch nicht. Denn die Marie-Luise wurde einsilbig und betrübt, wenn ich nur fragte. Die Tränen schossen ihr in die Augen, und sie gab verlegene und ausweichende Antworten. Sie können sich ja denken, daß mir das sehr arg war, und so habe ich mir den Jungen einmal ordentlich vorgenommen, als er nach Hause kam. Aber meinen Sie, ich hätte etwas aus ihm herausgekriegt? Blaß war er und verbissen und gab halbe Antworten und redete allerlei Zeug daher, aus dem ich mir keinen Vers machen konnte. Das habe ich dann schließlich aus ihm herausgeholt, daß er die Marie-Luise jetzt nicht fragen dürfe, ob sie ihn heiraten wolle. Aus irgendeinem vertrakten Grund, der seine Ehre anging. Und Sie wissen ja, wenn's an die Ehre der Männer geht, dann haben wir Frauen nicht mitzureden, dann sind sie ungebärdig und unlenkbar wie —" Frau Pfarrer Ewald suchte nach einem Vergleich, fand aber keinen, und sagte dann: „wie mein alter Pastor auch war. Ich kriegte es mit der Angst und habe ihn dann auf das Gewissen gefragt, ob er was getan habe, was ihn zurückhalte. Da hat er ganz empört verneint, aber ich war gerade so klug wie vorher. Er hielt sich nur immer daran, daß die Marie-Luise freibleiben müsse, und es sei unehrenhaft von ihm, wenn er sie jetzt binden wolle. Dabei ist er geblieben, und weil sich die Marie-Luise natürlich gehärmt und gegrämt hat, war es wirklich gar nicht mehr zum Ansehen. Und wahrhaftig, beinahe hätte sich das Mädchen von den schönen Worten des anderen betören lassen, aus lauter Verzweiflung und Jammer. Da ist dann heute der Wisch gekommen."

Und sie schlug mit der Hand auf den Brief.

„Vielleicht kam er zur rechten Zeit, vielleicht zur unrechten. Und wenn ich nicht die Sache in die Hand genommen hätte, wer weiß, wie's dann geworden wäre. Aber ich habe Klaus gesagt, du magst wollen oder nicht, ich gehe zum Herrn Baron, und wenn dem jungen Baron ein Unrecht hiermit geschehen ist, dann bin ich die erste, die es ihm abbittet, und dann ist's umso besser, wenn die Sache aufgeklärt wird. Und Sie sollen mir sagen, ob ich recht oder unrecht habe. Den Klaus habe ich mitgebracht. Ich habe mir gedacht, vielleicht wollen Sie einmal mit ihm sprechen."

Baron Boysen nickte. Sein Gesicht war undurchdringlich und er sagte nichts. Er drückte auf die Klingel und Plaumann erschien.

„Schicken Sie jemand nach drüben. Ich lasse Herrn Assessor um seinen Besuch bitten."

Plaumann legte einige Briefe auf das kleine Tischchen vor dem Krankenstuhl. Frau Ewalds Blick ging darüber. Dann erschrak sie.

„Sehen Sie nur, Herr Baron."

Der Baron nahm das oberste Kuvert in die Hand. Es zeigte dieselben ausgeschnittenen Druckbuchstaben, wie der ominöse Brief an Marie-Luise.

„Da bin ich doch neugierig", murmelte der Baron. Mit leicht zitternder Hand öffnete er, überflog die wenigen Zeilen und barg dann Brief und Kuvert in seiner Brusttasche.

„So, so", nickte er, anscheinend gleichmütig, aber Frau Ewald sah doch, daß er erregt war.

„Sie sind eine kluge und gütige Frau", sagte er dann warm. Er neigte sich über ihre Hand und küßte sie. „Und Sie haben mir einen großen Dienst erwiesen, ich habe Ihnen zu danken."

Frau Ewald lächelte.

„Hoffentlich kommen wir aus diesem Wirrwarr jetzt heraus", sagte sie resolut. „Es gibt nichts Schlimmeres, als solch ein Hin und Her, dessen Ursache man nicht kennt. Man kommt sich vor wie ein Blinder, der einen fremden Weg gehen muß."

Klaus Ewald trat ein. Er war doch sehr erregt, das sah seine Mutter ihm an.

Und mit nicht ganz leichtem Herzen ging sie.

Baron Boysen betrachtete schweigend den jungen Mann. Noch war ihm freilich der ganze Zusammenhang nicht ganz klar. Aber Klaus Ewald würde ja Auskunft geben können.

„Eine schöne Geschichte das!" sagte er ingrimmig, „sehen Sie, diesen Wisch habe ich eben erhalten." Er reichte Klaus den Brief. „Halt, warten Sie mal, lieber Ewald. Haben Sie die Freundlichkeit, das Vorderzimmer abzuschließen."

Klaus Ewald sah befremdet auf.

„Ja, ja", sagte der Baron finster, „es ist schon besser, man sichert sich vor Ueberraschungen."

Mitleidig sah Klaus ihn an. Dieser arme reiche Mann fand nicht einmal Treue im eigenen Haus.

(Fortsetzung folgt.)

Sunjatsens letzter Wunsch.

Peking, 12. März. Sunjatsen hatte vor seinem Tode seiner Frau den Wunsch mitgeteilt, sein Körper möge in einem Behälter beigesetzt werden, der dem bei seinem Freunde Lenin benutzten ähnele. Es wurde daraufhin in Moskau telegraphisch ein entsprechender Sarg bestellt. — Danach scheint sich die Meldung von dem Tode Sunjatsens also zu bewahrheiten.

Die Berufungsverhandlung in Magdeburg

(3. Verhandlungstag.) § Magdeburg, 12. März.

Auf die Zeugenaussage des Reichstagsabgeordneten Dr. David folgte gestern die Vernehmung des früheren Kriegsministers General v. Stein. Er erklärte, daß nach seiner Überzeugung die Sozialdemokratische Partei die Pläne der Heeresleitung zwar nicht durchkreuzt, aber andererseits auch nicht gefördert habe. Was den Munitionsarbeiterstreik angehe, so lasse sich der Schaden, den er angerichtet habe, nicht in Ziffern angeben; man könne nur sagen, daß er einen allgemeinen Schaden verursacht habe. Einer der Verteidiger verweist im Anschluß an diese Aussage auf verschiedene militärische Verfügungen, in denen jede Arbeitseinstellung als eine unsühnbare Schuld am Heer bezeichnet wurde. Es trat dann

Oberpräsident Noske

als Zeuge auf. Durch ihn erfuhr man, daß bei der Flotte sich schon 1917 revolutionäre Neigungen bemerkbar gemacht haben. Über Eberts Haltung in kritischen Zeiten, vor allem in den Novembertagen 1918, äußerte sich der Zeuge in Worten höchsten Lobes. In einem gewissen Gegensatz zu dieser Aussage stand die Aussage des Generals v. Wrisberg, der während des Krieges Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements war. Er betonte, daß die Sozialdemokratie die Kriegskredite zwar immer bewilligt, der Regierung aber nach anderer Richtung immer wieder Schwierigkeiten bereitet habe. So habe z. B. die Haltung des Vorwärts dem Gedanken des Durchhaltens viel Abbruch getan. Die Partei habe sich ferner in der Frage der militärischen Ausbildung der Jugend immer ablehnend verhalten. Als letzter Zeuge des gestrigen Tages wurde ein Gastwirt Fortenbacher, der 18 Jahre lang in der Spandauer Geschützgießerei als Schmied beschäftigt war, gehört. Nach seiner Ansicht hat der Munitionsarbeiterstreik, der in Spandau anfangs keine allzu große Gefolgschaft hatte, erst in dem Augenblick, als bekannt wurde, daß die S. P. D. offiziell in die Streikleitung eingetreten sei, eine größere Basis gewonnen. Wer nicht freiwillig die Arbeit niedergelegt habe, sei aus dem Betrieb herausgeholt worden.

Bei Beginn der heutigen Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, daß den Anträgen auf Ladung des früheren preußischen Handelsministers Siering und des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Dandl stattgegeben werde. Als erster Zeuge wurde dann der Geschäftsführer Brolat vernommen, der während des Krieges Dreher in der Berliner Rüstungsindustrie und in einem Betrieb in Weißensee Obmann war. Aus seinen Aussagen ist besonders hervorzuheben, daß die Beteiligung am Streik, den Richard Müller am 27. Januar angekündigt hatte, sehr stark war. Die Frauen und Mädchen waren sämtlich für den Streik. Es wäre damals zwecklos gewesen, gegen den Streik zu sprechen; denn 95 % der Dreher gehörten zur U. S. P. D. Am 28. Januar wurde im Betriebe die Stimmung so erregt, daß mittags bei Schichtwechsel der Streik begann. Brolat betont schließlich, daß Ebert während all der Besprechungen, die mit dem Streik im Zusammenhang standen, erklärt habe, daß der Streik so schnell als möglich beendet werden müsse. In ähnlichem Sinne wie Brolat sagt der als nächster Zeuge vernommene sozialdemokratische Parteisekretär Wuschik aus.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 14. März.

Sonnenaufgang	6^{20}	Mondaufgang	10^{45} N.
Sonnenuntergang	6^{0}	Monduntergang	8^{18} V.

1803 Der Dichter Friedrich Gottlieb Klopstock in Hamburg gest.

☐ **Wieder Beil und Säge in den D-Zügen.** Mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse und zur Erhöhung der Sicherheit in den Zügen bei etwaigen Unfällen werden, wie die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mitteilt, in den Seitengängen der D-Zugwagen wie früher wieder ein Beil und eine Säge in einem besonderen Schränkchen mitgeführt. Auch die Frage der Wiederausrüstung von Personenwagen mit Feuerlöschapparaten wird zurzeit geprüft.

☐ **Steuervergünstigung für Leichtbeschädigte.** Die Finanzämter hatten den Leichtbeschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 % für das Jahr 1925 die in früheren Jahren zugestandene Erhöhung der Werbungskosten verwehrt und bezogen sich dabei auf eine Verfügung des Reichsfinanzministeriums vom 25. November 1925. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat sich auf Grund vieler Beschwerden dieser Art an das Reichsfinanzministerium gewandt, da die Gründe, die seinerzeit zur Berücksichtigung der 30 %igen Leichtbeschädigten geführt hatten, heute noch vorliegen. In einem neuen Runderlaß des Reichsfinanzministeriums vom 21. Februar 1925 ist nun zur Beseitigung von Zweifeln ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß den Beschädigten, die um mindestens 30 % (d. h. um 30 % und mehr) in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind, eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages nach der Prozentzahl der Erwerbsbeschränkung zuzubilligen sei. Es empfiehlt sich, daß Leichtbeschädigte, die bisher vom Finanzamt abgewiesen wurden, unter Beifügung der Steuerkarte und des Rentenbescheides durch die zuständige Ortsgruppe des Reichsbundes einen erneuten Antrag um Steuervergünstigung im Sinne des letztergangenen Erlasses bei ihrem Finanzamte stellen.

☐ **Erhebung des Brückengeldes bei Benutzung der Brücken durch Kraftfahrzeuge.** Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: In einem Strafverfahren wegen Hinterziehung von Verkehrsabgaben ist vom Kammergericht durch Urteil vom 18. November 1924 entschieden worden, daß für die Benutzung von Brücken durch Kraftfahrzeuge Brückengeld nicht zu erheben sei, da diese Abgabe unter das Verbot im § 18 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 8. April 1922 falle. Diese Entscheidung ist, wie die Begründung erkennen läßt, lediglich für die Jahrhundertbrücke in Oppeln ergangen. Eine Ausdehnung der Entscheidung auf andere Brücken ist deshalb nicht ohne weiteres angängig, zumal die Rechtsverhältnisse der Brücken nicht überall gleichartig sind. Es ist beabsichtigt, die Angelegenheit alsbald klarzustellen. Wie verlautet, wird daher nach wie vor für die Benutzung der Brücken — abgesehen von der Jahrhundertbrücke in Oppeln — von Kraftfahrzeugen das tarifmäßige Brückengeld weiter erhoben werden.

* Die „Liedertafel" veranstaltete am gestrigen Donnerstag im „Preuß. Hof" ein Gesangskonzert, das unter Mitwirkung der Damen Raymond und Lotte Schittko als Solistinnen einen selten schönen Erfolg hatte. Die Chöre wie auch die Männer-Quartette unter Herrn Kantor Haensels Leitung waren durchweg von peinlichster Sauberkeit, rhythmisch und dynamisch fein abgestimmt und ausgefeilt und stellten der Leistungsfähigkeit der „Liedertafel" das beste Zeugnis aus. Frl. Raymond gab einige Geigensolis mit bekannter Meisterschaft und Frl. Schittko bewies in mehreren Sopran-Solis erneut, daß sie über gut geschultes Stimmaterial verfügt. Der Besuch des Konzertes war trotz der zurzeit gewiß verständlichen Vergnügungs-Müdigkeit des Publikums ein guter, der Beifall ehrlich und verdient.

* R.-G.-V. Von der hiesigen Ortsgruppe des R.-G.-V wird uns geschrieben: Mittwoch, den 18. d. M. findet die General-Versammlung des Vereins in der „Schneekoppe" statt. Eine zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ist erwünscht.

* Lawinenunglück. Neben den Teichrändern und anderen Stellen des Gebirges ist der Melzergrund eine gefährliche Lawinengegend. Diese Stellen dürften im Winter nicht befahren werden. Die sehr starken Schneefälle in den letzten Tagen haben nun leider wieder ein Lawinenunglück verschuldet. Zwei jugendliche Schiläufer stiegen vom Schlesierhaus nach dem Melzergrund ab. An der Stelle, auf der einst die durch Schneelawinen zerstörte Melzergrundbaude stand, wurden sie von zwei kurz hintereinander folgenden Lawinen verschüttet. Sie konnten sich, da sie auch verletzt worden waren, nicht selbst befreien. Glücklicherweise waren etwa 250 Meter unterhalb Holzarbeiter beschäftigt, die ihre Hilferufe hörten und zur Rettung herbeieilten. Die Arbeiter brachten die beiden Verunglückten ins Tal, wo der eine schwerverletzt ins Arnsdorfer Krankenhaus gebracht worden ist. Dies ist der Kaufmann Friedrich Häusler aus Breslau. Er erlitt am linken Bein einen Schenkelbruch und am rechten einen Knöchelbruch. Der andere Läufer, der aus Schweidnitz stammt, war mit leichteren Verletzungen davongekommen und konnte bereits die Heimreise antreten. — Die starken Schneefälle haben sich bis Mittwoch abend fortgesetzt. Auf dem Kamme liegt der Schnee über 1½ Meter hoch, in den Gebirgsdörfern 60—80 Zentim. und im Tale 20—23 Zentim. Die Sportverhältnisse für Schi und Rodel sind daher sehr gut. Auch hat sich der Verkehr seit Sonntag gehoben.

* Reicher Kindersegen. Dem Bauarbeiter Herrn Ziegert in Herischdorf wurde der 17. Junge geboren. Als erstes Kind kam ein Mädchen zur Welt, dann folgten nur Knaben.

Lauban. (Filmschwindel.) Seit Wochen nimmt ein angeblicher Oberleutnant Muche unter Vorauszahlung namhafter Beträge Aufträge hiesiger Firmen entgegen die sich auf Verfilmung des gewerblichen Laubans beziehen. In den letzten Wochen fanden auch Aufnahmen einzelner Betriebe statt. Nun ist folgender Brief von der Firma Klein Film, München, in deren Auftrage diese Aufnahmen gemacht wurden, hier eingelaufen: „Durch die Polizei erfuhren wir, daß von einem gewissen Herrn Oberleutnant Muche in Lauban mit unseren Manuskripten Mißbrauch getrieben wurde, und zwar dahingehend, daß der Mann, nachdem er von uns schon längst entlassen wurde, mit diesen Manuskripten Aufträge abschloß ,und Anzahlungen kassierte Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß Sie einem Betrug übelster Sorte zum Opfer gefallen sind, und haben diesen Fall sofort der Polizei übergeben. Wir können Ihnen nur raten, in Ihrem eigenen Interesse, sofort auch dort die Anzeige gegen diesen Herrn bei der Staatsanwaltschaft einzureichen, seine Adresse ist: „Oberleutnant Muche, Hirschberg i. Schl., Markt 38 II."

Liegnitz. Wegen Beleidigung der deutschen Generäle wurde der Redakteur der „Liegnitzer Volksztg.", Matzke, vom Schöffengericht zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er hatte ein Gedicht unter der Ueberschrift „Die Invaliden grüßen den General" veröffentlicht, in welchem eine Beleidigung der Generäle erblickt wurde.

Bunzlau. Zu einem Zusammenstoß zwischen sieben Maurern und mehreren Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens kam es am 5. Juni v. J. in Aslau. Die Maurer waren angetrunken und überfielen mehrere junge Leute des Jungdeutschen Ordens und verprügelten sie. Vor dem hiesigen Schöffengericht waren die Täter wegen Zusammenrottung und gemeinschaftlicher Körperverletzung angeklagt. Sie erhielten 2 bis 3 Monate Gefängnis, doch wurde ihnen Strafaussetzung auf drei Jahre gewährt, da sie aus Leichtsinn und Unüberlegtheit gehandelt hatten.

Ohlau. (Aufdeckung eines Mordes.) An der Schleuse von Tiergarten ist eine Leiche angeschwemmt worden, die als die der Frau Lattke aus Odersteine erkannt wurde. Die amtliche Obduktion der Leiche hat ergeben, daß die Zertrümmerung der Schädeldecke von einem von vorn mit einem länglichen, stumpfen Gegenstande mit großer Wucht ausgeführten Schlage herrührt. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen den Ehemann der Toten, der eine Strafhaft in Brieg verbüßt, damals aber beurlaubt war.

Aus Böhmen.

Böhmisch-Kamnitz. (Selbstmord aus Furcht vor Not.) Der Bruder des bekannten Professors Amand Paudler, der vor einigen Jahren starb, der Häusler Josef Paudler, hatte seine Ersparnisse in Kriegsanleihe angelegt, die bekanntlich nicht eingelöst wurde. Um der Not aus dem Wege zu gehen, hat P. Selbstmord begangen.

Schluckenau. (Verstaatlichung der Grumbtschen Herrschaft.) Wie bestimmt verlautet, beabsichtigt das staatliche Bodenamt in Prag auch die Enteignung der den verstorbenen Kommerzienrat Grumbtschen Erben in Dresden gehörigen im hiesigen reindeutschen Gebiete liegenden Herrschaft. Diese umfaßt rund 2000 Hektar, darunter 1895 Hektar Wald. Von diesem Waldbesitz sind 1100 Hektar von der Nonne befallen und 500 Hektar durch Windbruch beschädigt und abgeholzt worden. Da sich voraussichtlich infolgedessen der Uebernahmepreis niedrig stellen dürfte, so ist in den benachbarten angrenzenden Gemeinden im Schluckenauer Bezirk eine Zweckgenossenschaft in der Bildung begriffen, die den Ankauf von Teilen der Grumbtschen Herrschaft bewirken will.

Warnsdorf. (Eine unredliche Krankenschwester.) Die Krankenschwester Marie Karusch aus St. Georgental bei Warnsdorf geriet auf Abwege. Sie kam zu einer reichen Fabrikantin in Steinschönau, schilderte ergreifend den Diebstahl ihres Vermögens und erhielt 1000 Kronen Darlehn. Später brachte sie zwar einen Stoff als Anzahlung, erbat aber ein neues Darlehn unter der Angabe, sie sei selbst in Spitalbehandlung. Später kam sie wieder, gab sich als eine Angehörige einer reichen Kamnitzer Namensvetterin aus und erhielt wieder 1000 Kronen. Nun aber wurde sie gefaßt und beim Kreisgericht unter Zubilligung zahlreicher Milderungsumstände zu drei Wochen Kerker verurteilt.

Nah und Fern.

○ **Neue Luftverkehrslinien in Vorbereitung.** Die Luftverkehrsgesellschaft Ruhrgebiet A.-G. (Luraz) hat folgende Luftverkehrslinien in Vorbereitung: 1. Hamburg—Bremen—Ruhrgebiet—Frankfurt—Zürich, 2. Leipzig—Erfurt—Ruhrgebiet, 3. Ruhrgebiet—Holland (Amsterdam), 4. Ruhrgebiet—Hannover—Berlin. Ferner sind für später die Linien Ruhrgebiet—Brüssel und Ruhrgebiet—Paris geplant. Auf der Strecke Bremen—Ruhrgebiet—Frankfurt—Zürich hofft man den Verkehr schon am 20. April aufnehmen zu können.

○ **Berliner Gesundheitswoche.** Vom 16. bis 21. März findet in Berlin eine vom Gesundheitsamt der Stadt Berlin sowie von der Arbeitsgemeinschaft der Reichsversicherungs-Träger Groß-Berlins veranstaltete Gesundheitswoche statt. Die Veranstaltung bezweckt, das Interesse der breiten Bevölkerung wieder stärker auf Fragen der Gesunderhaltung und der Vorbeugung gegen vermeidbare Krankheiten hinzulenken. Sie gilt in erster Linie den sogenannten Volksseuchen, der Tuberkulose und den Geschlechtskrankheiten, die durch die Lebensverhältnisse der Großstadt besonders stark gefördert werden. Es finden etwa 150 Vorträge statt, die unentgeltlich sind.

○ **Grauenvoller Kindesmord.** Eine schreckliche Tat trug sich in dem Orte Büchheim in der Oberpfalz zu. Dort gebar eine hochangesehene reichbegüterte Bauerntochter heimlich ein Kind, legte es in der Nähe ihres Bauernhofes auf einen rasch errichteten Scheiterhaufen und verbrannte es bei lebendigem Leibe. Von dem Kinde blieb nicht einmal Asche übrig. Die Tat wurde aber trotzdem entdeckt und die unnatürliche Mutter sofort ins Gefängnis gebracht.

○ **Das Ende einer in Leipzig studierenden Amerikanerin.** Die amerikanische Musikstudentin Helen Reichert in Leipzig, die seit dem 17. Februar vermißt wurde, ist jetzt tot aus der Elster gezogen worden. Sie hat wegen Nervenzusammenbruchs Selbstmord begangen.

○ **Massenspeisung aus Anlaß eines Sparkassenjubiläums.** Die Braunschweigische Landessparkasse kann in diesen Tagen auf ihr 160jähriges Bestehen zurückblicken. Von festlichen Veranstaltungen ist aus Anlaß dieses Jubiläums abgesehen worden, dagegen hat sich die Direktion dieser Sparkasse, die durch die Braunschweigische Staatsbank verwaltet wird, entschlossen, Geld zur Verfügung zu stellen, damit eine Woche lang 1200 Personen gespeist werden können. Unter diesen 1200 Personen befinden sich 600 Kinder aus verschiedenen Kinderheimen. Die Sparkasse hat im übrigen das Jubiläum benutzt, um für den Spargedanken propagandistisch zu wirken.

⊙ **Schadenfeuer in Krakau.** Am Flugplatz von Krakau brach ein Schadenfeuer aus, dem eine große Flughalle mit sechs ganz neuen, noch nicht einmal ausgepackten Flugzeugen zum Opfer fiel. Unter großen Anstrengungen gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Man vermutet Brandstiftung.

⊙ **Politischer Mord an einem Geistlichen.** In einem Nebenraum der katholischen Kirche in Shitomir wurden die Reste der mit Benzin übergossenen und fast ganz verbrannten Leiche des katholischen Priesters Fadukewitsch entdeckt. Der Priester hatte in letzter Zeit mit Enthüllungen über die polnischen Einflüsse in der Westukraine und über den Umfang der von Polen betriebenen Spionage großes Aufsehen erregt. Die Sowjetbehörden vermuten in der Mordtat einen politischen Racheakt von polnischer Seite. Die Untersuchung hat noch kein Resultat ergeben.

⊙ **Der Sohn von Jules Verne gestorben.** Jean-Jules Verne, der Sohn des berühmten Jules Verne, welcher sich ganz der Verfilmung von Werken seines Vaters gewimdet hatte, ist 67 Jahre alt gestorben.

⊙ **Tumulte in der Pariser Universität.** Die Antrittsvorlesung des linksstehenden Rechtsgelehrten Soelle in der Sorbonne konnte wegen unerhörter Tumultszenen nicht abgehalten werden. Hunderte von royalistischen Studenten stauten sich in dem Vorhofe und in dem Hörsaal. Kaum hatte der neuernannte Professor den Mund geöffnet, als ein Hagel von Geschossen, faulen Eiern, Äpfeln usw. auf ihn herabregnete und gleichzeitig Knallfrösche zum Platzen gebracht wurden. Die Royalisten gingen mit unerhörter Brutalität vor. Sie schnitten Türfüllungen aus und zertrümmerten wahllos Fenster und Bänke. Es wurden fünf Verhaftungen vorgenommen. Der Kultusminister hat schwere Strafen angekündigt. Der Sachschaden beziffert sich auf 10 000 Frank.

⊙ **Ein Missionar von Räubern entführt.** Nach einer Meldung aus Brüssel hat die Missionsgesellschaft von Scheut die Nachricht erhalten, daß einer ihrer Missionäre, der Pater Maurice de Olippale, der sich seit fünfzehn Jahren in China aufhält, von chinesischen Räubern entführt worden ist. Er wurde am 31. Januar gelegentlich eines Besuches, den er einem kranken Christen machte, von 23 Räubern gefangengenommen. Chinesische Soldaten haben die Verfolgung der Räuber aufgenommen. Nach den letzten in Scheut eingegangenen Nachrichten ist der Missionar, der seine Glaubensbrüder bis zum 4. Februar benachrichtigen konnte, an eine andere Räuberbande von 200 Mann verkauft worden.

⊙ **Radio für die ganze norwegische Fischerflotte.** Im Aalesund wird jetzt eine große Radiostation zur Bedienung der gesamten norwegischen Fischerflotte errichtet. Sämtliche Fischerboote sollen mit Radioapparaten ausgerüstet werden, die eine Reichweite von sechshundert Kilometern haben. Man hofft auf diese Weise, die großen Seeunglücke verhindern zu können.

⊙ **Eheverbot für weibliche Ärzte in London.** Der Londoner Stadtrat hat dieser Tage das Eheverbot für weibliche Ärzte in London, soweit sie in städtischen Krankenhäusern angestellt sind, beschlossen. Die 34 weiblichen Ärzte, die an Londoner städtischen Krankenhäusern tätig sind, müssen danach im Falle ihrer Verheiratung aus dem Dienst ausscheiden, genau so, wie in London für Lehrerinnen noch ein Eheverbot besteht. Die Ausdehnung dieses Erlasses auf Ärztinnen hat große Erregung verursacht.

Bunte Tageschronik.

Hirschberg. Im Melzergrund an der Schneekoppe wurden zwei Skifahrer von einer Lawine verschüttet. Holzarbeiter schaufelten sie aus. Einer von ihnen hat beide Beine gebrochen, der andere ist nur leicht verletzt.

Wernigerode. Die in weiten Kreisen bekanntgewordene Bismarck-Feier auf dem Brocken findet in diesem Jahre am Mittwoch, den 1. April, statt.

Kopenhagen. Der Finanzausschuß hat der dänischen Luftfahrtgesellschaft eine Viertelmillion Kronen jährlich für vier Jahre bewilligt zur Anschaffung von Material und zur Verbesserung der Luftrouten Kopenhagen—Hamburg, Kopenhagen—Berlin, Kopenhagen—Hamburg—Amsterdam.

Vermischtes.

= **Seit wann essen wir „zivilisiert"?** Es wird auf dieser Erde schließlich alles erforscht, und so erfahren wir denn jetzt auch, seit wann wir uns beim Essen zivilisiert benehmen und mit Messer, Gabel und Löffel hantieren. In einem kürzlich erschienenen kulturhistorischen Aufsatz wird urkundlich festgestellt, daß die Gabel zwar schon im 15. Jahrhundert erfunden, aber erst im 17. Jahrhundert allgemein verbreitet war. Von einem Kammerherrn eines englischen Königs erzählt der Chronist mit gerechtem Staunen, daß er „drei Gabeln für gekochtes Obst" besessen habe. Außer Obst aß man seltsamerweise nur noch Käse mit der Gabel. Zwischen dem 17. und dem 18. Jahrhundert gab es schon vornehme Herrschaften, die ganze Bestecke — Messer, Gabel und Löffel — besaßen. Messer und Löffel waren im übrigen schon sehr früh bekannt. Trinkgefäße aller Art — Becher, Krüge usw. — wurden anfangs aus hartem Holz hergestellt; erst im 16. Jahrhundert verbreitete Venedig seine damals schon wundervollen Glasbecher, die aber zuerst nur beim Adel und bei besonders reichen Leuten Eingang fanden. Im 16. Jahrhundert wurde der Eierbecher geboren, während Gefäße für Salz und Pfeffer schon ein Jahrhundert früher auf den Tischen der Vornehmen zu finden waren. Vorher hatte das „Salzfaß" selbst reicher Leute in einer mit einem Loch versehenen großen — Brotkrume bestanden!

= **Beleidigende Eselsnamen.** Ein Dortmunder Fuhrmann hatte einen Prozeß verloren und maß die Schuld daran seinen Rechtsanwälten Kühn und Langmann zu. In seinem Zorn gab er seinen beiden Eseln die Namen „Kühn" und „Langmann". Bei den Stadtfuhren trugen die Tiere entsprechende Schilder vor dem Kopf. Die Rechtsanwälte verklagten den Fuhrmann wegen Beleidigung. Bei der Verhandlung bestritt der Fuhrmann, eine böse Absicht gehabt zu haben. Der Richter fragte ihn: „Wenn Sie drei Esel hätten, wie würde der dritte heißen?" „Danach braucht der vierte nicht zu fragen," gab der Fuhrmann zur Antwort. Er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

= **Der Negerkandidat von Paris.** Wenn alles gut geht, wird die Lichtstadt Paris das Vergnügen haben, in ihrem Stadtrat durch einen Dunkelmann vertreten zu sein: der seit sechs Jahren in Paris lebende Neger Paul Jean-Baptiste hat sich nämlich in einem Pariser Wahlbezirk für die nächste Stadtverordnetenwahl als Kandidat aufstellen lassen und treibt die Propaganda für seine Kandidatur mit solcher Ausdauer und Zähigkeit, daß seine Wahl vielen als ziemlich sicher erscheint. Paul Jean-Baptiste stützt seine Ansprüche auf einen Pariser Stadtverordnetensitz in erster Linie darauf, daß er sich bei Beginn des Krieges den Franzosen sofort als Freiwilliger zur Verfügung gestellt und dann bei Verdun beide Arme verloren hat. Nach dem Kriege hat er ein politisch-literarisches Blättchen gegründet, in dem er täglich mit Feuer auf die große Bedeutung der Schwarzen für die Welt im allgemeinen und für Frankreich im besonderen hinweist. Da er außerdem den Kampf gegen die Lebensmittelteuerung und gegen den Wohnungswucher auf sein Programm geschrieben hat, ist er in seinem Bezirk sehr beliebt, besonders bei den Frauen, die ihm die fehlenden Arme und das tintenfarbige Gesicht nicht übelnehmen.

= **Unter Menschenfressern.** In Französisch-Guinea sind, wie man jetzt erfährt, vor einigen Wochen sechs Menschenfresser „bei der Arbeit" ergriffen, zum Tode verurteilt und vor versammeltem Volke erschossen worden. Die sechs, unter denen sich ein alter Herr von sechzig und eine würdige Dame von siebzig Jahren befanden, gehörten zu einem Negerstamm, der das Menschenfressen zu einem Glaubensartikel erhoben hat. Die Mitglieder des Stammes bilden sich ein, daß die guten Eigenschaften dessen, den sie zu Gulasch schneiden und verspeisen, ihnen selbst in Fleisch und Blut übergehen, so daß sie bessere Menschen werden. Am wertvollsten erscheint ihnen die Menschenleber. Die sechs Personen wurden im Urwald von einem Zollbeamten ertappt, als sie gerade dabei waren, einen kleinen Jungen abzuschlachten und herzurichten. Der sechzigjährige Patriarch hatte, wie sich herausstellte, bereits elf Menschenopfer auf seinem Freßkonto. Die alte Dame aber gestand, daß sie mit dem Fressen eine Art Steinachkur bezweckte: sie aß nämlich mit Vorliebe kleine Jungen, um selbst jünger zu werden.

Spiel und Sport.

Sp **Persyn-Verschelden Sieger im Sechstagerennen.** Das 14. Berliner Sechstagerennen fand Mittwoch abend seinen Abschluß. Um 10 Uhr wurden die vier Runden zurückliegenden Mannschaften Saldow-Madden und Weber-Krupkat aus dem Rennen genommen. In der Stunde von 10 bis 11 Uhr wurden 22 Spurts gefahren, nach deren Ergebnis das Rennen folgendes Resultat brachte: 1. Persyn-Verschelden 422 Punkte. 2. Hahn-Tietz 361 Punkte. 3. Debaets-Thollembeek 122 Punkte. Eine Runde zurück: 4. Oliveri-Tonani 192 Punkte. Zwei Runden zurück: 5. van Kempen-Bauer 392 Punkte. Vier Runden zurück: 6. Madden-Saldow 71 Punkte. 7. Weber-Krupkat 44 Punkte. Nach dem fünften Spurt gelang es Oliveri dem Feld vorauszueilen und in rundenlangen Kämpfen holte die Mannschaft eine Runde auf. Die 144. Stunde schloß mit 3704,160 Kilometer.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Weitere französische Kriegsgerichtsurteile.** Das Kriegsgericht in Amiens hat in Abwesenheit den deutschen Oberst Merker und den deutschen Major Berent zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Die beiden Offiziere werden beschuldigt, junge französische Zivilisten zur Arbeit an der deutschen Front bei La Chappelle im Jahre 1917 in der Feuerlinie herangezogen zu haben, wobei mehrere getötet oder verwundet worden seien. Das Kriegsgericht hat weiter in Abwesenheit den Hauptmann Kreydt, die beiden Leutnants Reydt und Buggelmeier sowie die Feldwebel Hofmann und Riedel, die einer in Liesse stationiert gewesenen Fliegerabteilung angehörten, zu 10 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Aufenthaltsverbot in Frankreich wegen angeblicher Plünderungen, und den Soldaten August Kanizowski vom 117. Infanterieregiment wegen angeblichen Diebstahls in St. Quentin zu 15 Jahren Gefängnis, 500 Frank Geldstrafe und 10 Jahren Aufenthaltsverbot verurteilt.

§ **Auch die belgischen Kriegsgerichte arbeiten immer noch.** Nach einer Meldung der Agence Belge verurteilte das Kriegsgericht von Brabant den Kommandeur des Reserveinfanterieregiments Nr. 48 Oberst von Bieberstein in Abwesenheit zu 20 Jahren Zuchthaus. Es wurden ihm Vergehen zur Last gelegt, die die ihm unterstellten Truppen in der Umgebung von Brüssel begangen haben sollen, insbesondere die Tötung von acht Personen.

§ **Beleidigungsprozeß des Reichskanzlers a. D. Marx** Vor dem Großen erweiterten Schöffengericht in Breslau wurde die Beleidigungsklage des Reichskanzlers a. D. Marx gegen den Herausgeber und verantwortlichen Schriftleiter der Wochenschrift Tribüne, Max Gruschwitz, verhandelt. Als Marx Reichskanzler war, veröffentlichte die Tribüne unter den Überschriften „Kennst du das Land", „Eine Preisfrage", „Der unfähigste Reichskanzler", „Wer ist der dümmste Reichskanzler seit 1918" einen beleidigenden Artikel gegen Marx. Der Staatsanwalt beantragte acht Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 3000 Mark oder 150 Tagen Gefängnis.

Börse und [illegible].

Amtliche Berliner Notierungen vom 12. März.

* **Börsenbericht.** Die Besserung der Tendenz machte weitere Fortschritte und man konnte zum Teil recht hübsche Kurssteigerungen beobachten, das gilt besonders von den Montanwerten, die unter der Geschäftsstille besonders gelitten hatten. Besonders erfreulich ist die weitere Erleichterung des Geldmarktes, auf dem tägliches Geld mit 8—10 %, monatliches Geld mit 10,50—12 % genannt wurde. Auch am Markt der inländischen Anleihen war die Haltung ausgesprochen fest, Kriegsanleihe konnte vorübergehend bis auf 0,685 anziehen, diesen Kurs aber nicht behaupten. Auch auf anderen Märkten konnten im Börsenverlauf die höchsten erreichten Kurse nicht überall behauptet werden.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,03 bis 20,08; holl. Gulden 167,59—168,01; Danz. 79,45 bis 79,65; franz. Frank 21.63—21,69; belg. 21,20—21,26; schweiz. 80,78—80,98; Italien 17,60—17,86; schwed. Krone 113,08—113,36; dän 75,61—75,79; norweg. 64,22 bis 64,38; tschech. 12,45—12,49.

* **Butternotierung.** Die Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten, war am 12. März: für 1. Qualität 2,04 M., 2. Qualität 1,90 M., abfallende Qualität 1,60 M. für je 1 Pfund.

* **Der deutsche Wettbewerb auf dem englischen Markt.** Die „Daily Mail", die die Vergebung der englischen Schiffe an die deutsche Werft besonders scharf kritisiert hatte, bringt heute neue Meldungen über das Umsichgreifen des deutschen Wettbewerbs. Danach hat die Dubliner Tramwaygesellschaft bei den deutschen Kabelwerken die für der Bedarf der nächsten zwölf Monate erforderlichen Kabel bestellt. Die Südindische Eisenbahngesellschaft hat 24 Tankwagen bei einer sächsischen Firma und die Südafrikanische Eisenbahngesellschaft 15 Lokomotiven bei Maffei in München in Auftrag gegeben.

* **Produktenbörse.** Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	12. 3.	11. 3.		12. 3.	11. 3.
Weiz., märk.	253-257	253-258	Weizkl. f. Brl	14	14,0-14,3
pommerscher	—	—	Roggkl. f. Brl.	14-14,3	14,0-14,3
Rogg., märk.	244-245	247-249	Raps	395-400	395-400
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	26-30	26-31
Futtergerste	215-230	215-230	kl. Speiseerbs	20-22	20-22
Braugerste	249-260	245-260	Futtererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	189-193	189-194	Peluschken	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	19-20	19-20
westpreuß.	—	—	Wicken	18,5-20	18,5-20
Weizenmehl			Lupin., blaue	12,2-13,5	12,2-13,5
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	14,5-16	14,5-16
Bln. br. inkl.			Seradella	14,2-16,5	14,2-16,5
Sack (feinst.			Rapskuchen	16,5-17	16,8-17
Mrk. ü. Not.)	34,2-36,7	34,5-37	Leinkuchen	22-22,5	22,0-22,5
Roggenmehl			Trockenschtzl.	9,5-9,6	9,5-9,6
p. 100 Kil. fr.			ow. Zuckschn.	—	—
Berlin br.			Torfml. 30/70	9,3	9,3
inkl. Sack	33,2-35,7	33,7-36,2	Kartoffelfl.	19,2-19,5	19,2-19,5

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche

Sonntag, den 15. März (Oculi): Vormittags 9 Uhr Beichte und heil. Abendmahl. 9½ Uhr Gottesdienst (2. Kor. 8,9.) Pastor Kuske. — 11 Uhr Kindergottesdienst. Pfarrvik. Hoffenfelder.

Kollekte: Evangelischer Preßverband Schlesiens.

Mittwoch nachmittag 5 Uhr Passionsgottesdienst, im Anschluß Abendmahlsfeier. Pfarrv. Hoffenfelder.

Vereins-Kalender.

Volksbücherei des Bürgervereins Bad Warmbrunn: Ausgabe jeden Montag, von ½4—½6 Uhr im Gemeindeamt.

Volksbücherei des Bürgervereins Herischdorf. Ausgabe: jeden Donnerstag von 5—7 Uhr, Schulhaus 2.

Schützengilde. Jeden Dienstag Stutzenschießen in der „Flotte".

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag abend 8 Uhr Gesangstunde im „Goldenen Löwen".

Verein der Handwerksmeister. Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr: Wintervergnügen im „Schles. Adler".

Zitherklub „Alpenklänge". Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr: Stiftungsfest im „Preußischen Hof".

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Warmbrunn-Herischdorf. Sonnabend, den 14. März, abends ½8 Uhr: Versammlung auf dem Scholzenberg.

Gewerbeverein. Dienstag, den 17. März, abends [illegible] Uhr: Sitzung mit Damen (Familienabend) im Blockhaus.

Turnverein Warmbrunn. Sonnabend, den 28. März, abends 8 Uhr: Monatsversammlung im „Schles. Adler". Im Anschluß daran geselliges Beisammensein.

Kath. Kirchenchor. Freitag, den 13. d. Mts., abends ½8 Uhr: Probe im Pfarrhaus für Sopran und Alt.

Radfahrerklub „Silesia", Abfahrt der Teilnehmer zum Gausaalfest in Hirschberg. Kunst- und Vereinshaus, 6,31 Uhr vom Schloßplatz. Bundeskarten mitnehmen. Banner nicht vergessen. — 15 Teilnehmer angemeldet.

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey" Sonnabend und Sonnag: Bezirkstag in Hirschberg. Sonnabend abend Begrüßungsabend in Cunnersdorf, Gerichtskretscham. Abfahrt der Teilnehmer 6,31 Uhr vom Schloßplatz. Sonntag vorm. von 9 Uhr ab Wettschreiben und Wettlesen im „Schwarzen Adler". — Vormittags 11 Uhr: Bezirksversammlung mit dem Vortrag „Der Kampf gegen die Einheits-Stenographie". — Nachmittags 5 Uhr: Preisverteilung in Strauß' Hotel.

Militär-Gesang-Verein. Zu einer Hauptversammlung am Montag, den 23. 3. 25 im Gasthaus „Zum goldenen Löwen" werden die Mitglieder eingeladen.

R.-G.-V., Ortsgruppe Warmbrunn. Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr: General-Versammlung im Hotel „Zur Schneekoppe".

Scotts Emulsion

(Deutsches Fabrikat)
erfreut sich seit fünf Jahrzehnten
in allen Kulturländern der Welt der ungeteilten Anerkennung der Herren Aerzte

Stillende Mütter

haben häufig nach einiger Zeit ein Gefühl v. Schwäche u. Erschöpfung. Hier wird oft Scott's Emulsion am Platze sein, weil sie in vielen Fällen den Verlust gewisser Stoffe, insbesondere der Phosphate, ersetzen kann. Dabei ist sie leicht verdaulich und gut zu nehmen. Man bestehe aber auf der echten **Scott's Emulsion.**

Scott's Emulsion dient zur Stärkung für Kinder und Erwachsene und enthält den besten norwegischen Lebertran in feinster Verarbeitung mit knochenbildenden Kalksalzen und den sehr wirksamen Hypophosphiten.

Scott's Emulsion ist unentbehrlich als Kräftigungsmittel bei Skrophulose, engl. Krankheit, Blutarmut und Lungenleiden.

Scott's Emulsion wird auch im Sommer gern und mit bestem Erfolg genommen.

Man hüte sich vor Nachahmungen, da diese oft an Stelle des Originalpräparates empfohlen werden. / **Scott's Emulsion** ist in allen Apotheken u. Drogerien zu haben.

Niederlagen: Drogerie Weisses Kreuz, Jos. Hauth.

Wer giebt kinderlosem Ehepaar von beschlagnahmefreier Wohnung

1-2 leere Zimmer

ab, eventuell möbliert mögl. mit Kochgelegenheit

Angebote unter „M. 5" a. die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Balkonrollwand

gebraucht aber gut erhalten zu kaufen gesucht.

Offerten u. „C. 6" a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Existenz

Ich suche für leicht verkäufl. Artikel an Private fleißigen

Generalvertreter

der in der Lage ist, sowohl selbständig Geschäfte abzuschließen, als auch durch Anstellung zahlreicher Untervertreter das Geschäft auszudehnen. Glänzende Verdienstmöglichkeiten, zahlr. Dankschreiben von Kunden u. v. Vertretern über leichten Absatz. Keine Vorkenntnisse, kein Kapital nötig, auch als Nebenerwerb. Ausführliche Bewerbungen m. Angabe bisheriger Tätigkeit und Erfolgsnachweisen an

Max Krug, Berlin W. 528,
Neue Ansbacherstraße 7.

Deutschnationale Volkspartei
Ortsgruppe Warmbrunn-Herischdorf

Mitglieder-Versammlung

am Montag, 16. März, abends 8 Uhr
im „Preußischen Hof" (Kleiner Saal).

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Vorstandswahlen.
3. Reichspräsidentenwahl.

Parteifreunde herzlich willkommen!
Mitglieder vollzählig erscheinen!

Goldmark-Werte über Kurs

erzielen Sie aus Ihren Vorkriegs-, Kriegs-, Zwangsanleihen, Hypotheken u. sonstigen Papiermarkwerten bei sofortiger Verwendung. Ausführliche Beratung, Anweisungen nebst Verwertungsliste u. Anmeldeformularen gegen Einsendung von 1 Rentenmark durch

A. Minuth, Charlottenburg, Osnabrückerstraße 22.

Fleißige Frauen

arbeiten nach
Beyers Handarbeits-Büchern!

Neue Bände:
Kunststricken II, Decken in allen Größen, 40 Abbildungen
Häkel- und Strickkleidung, neue Modelle für Damen und Kinder
Filet-Arbeiten III, IV, Motive für Vorhänge, kleinere und größere Decken
Kreuzstich III, neue, vielseitig verwendbare Muster
je nur M. 1.50
Ausführliche Verzeichnisse umsonst

Überall erhältlich, auch unter Nachnahme vom
Verlag Otto Beyer, Leipzig-L.

Ia Eiderfett-Käse

9 Pfund — 6 Mark franko

Dampf-Käse-Fabrik Rendsburg 550.

Inserieren bringt Gewinn.